



# AMERIKA DIENST

Sonderdienst

25. Juni 1987

DER MARSHALL-PLAN: POLITIK DER VISION

- Rede des amerikanischen Botschafters Richard R. Burt in Berlin -

**SONDERDIENST**

SPERRFRIST: 25. Juni 1987, 16.00 Uhr (MESZ)

BERLIN - (AD) - In seiner Rede aus Anlaß des 40. Jahrestages der Verkündung des Marshall-Plans erklärte Botschafter Burt am 25. Juni 1987 in Berlin, der Westen müsse "zu einer gemeinsamen Bewertung der anstehenden Probleme gelangen", um sich die Möglichkeiten zunutze zu machen, die Glasnost für die Teilung Europas eröffnen kann.

Burt verwies ferner darauf, daß sich angesichts einer bevorstehenden Rüstungskontrollvereinbarung und heraufziehender Verhandlungen über konventionelle Waffen besonders die Ost-West Beziehungen an einem Scheideweg befänden. Es sei deshalb "von vorrangiger Bedeutung, daß wir uns auf gemeinsame, diesem neuen Zeitalter angemessene sicherheitspolitische Maßnahmen einigen und Abrüstungsverhandlungen jeglicher Art gemeinsam angehen".

Die Rede des Botschafters hat folgenden Wortlaut:

Herr Regierender Bürgermeister Diepgen, Herr Minister Bangemann, Herr Bundestagsvizepräsident Cronenberg, Frau Staatssekretärin Berger, meine Damen und Herren.

Jahrestage bieten eine gute Gelegenheit, die Errungenschaften der Vergangenheit zu feiern. Wir sollten solche Augenblicke nutzen, um uns zu vergegenwärtigen, wie wir uns den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft stellen können. Es ist ganz einfach unsere Pflicht, aus der Geschichte jede nur mögliche Lehre zu

ziehen, so riskant diese Übung auch sein mag.

Die Welt von 1947 war das Produkt eines Vierteljahrhunderts, in dem Kirchturmpolitik, wechselweise in Gestalt von fanatischem Nationalismus, Imperialismus, Isolationismus oder grenzenlosem Protektionismus das internationale Staatengefüge zerrüttete. Jahre der Aggression, Beschwichtigungspolitik, der engstirnigen und eigennützigen politischen Entscheidungsfindung und der Wirtschaftspolitik des einseitigen Vorteils gipfel-

ten in sinnlosem Gemetzel und Zerstörung. Amerika war verhältnismäßig unversehrt daraus hervorgegangen, seine Selbstherrlichkeit war jedoch schwer angeschlagen und die traditionelle Politik des Isolationismus zweifelhaft geworden. Das zerstörte und erschöpfte Europa sah einer Zukunft wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs, sozialer Zerrüttung und der scheinbar unweigerlichen Ausbreitung eines neuen totalitären Regimes entgegen.

Aber die Nationen der westlichen Welt hatten doch etwas aus ihren Fehlern gelernt. Ungeachtet der Verzweiflung schuf diese außergewöhnliche Generation zum ersten Mal eine funktionsfähige internationale Politik und ebensolche Institutionen - die Vereinten Nationen, Punkt Vier des Abkommens von Bretton Woods und als bemerkenswerteste Leistung das Programm zum Wiederaufbau Europas, das in diesem Monat vor 40 Jahren von Außenminister George C. Marshall ins Leben gerufen wurde.

Wie Außenminister Shultz es formulierte, liegt dem Marshall-Plan die - im Jahre 1947 gewagte - Ansicht zugrunde, daß "wir nicht immer unsere existentiellen Eigeninteressen auf Kosten anderer Länder verfolgen sollten. Im Gegenteil besteht der effektivste Weg zur Erlangung unserer grundlegenden Ziele darin, mit anderen an der Durchsetzung ihrer grundlegenden Ziele zusammenzuarbeiten".

Wir schweben heute meiner Ansicht nach in Gefahr, diese einfache - zu einem solch hohen Preis erfahrene - Wahrheit zu vergessen. Die Herausforderungen, denen wir uns im Jahre 1987 gegenübersehen, unterscheiden sich von denen des Jahres 1947. Aber Kirchturmdenken herrscht nach wie vor, und damit sind unsere Probleme

heute so wenig zu lösen wie vor 40 Jahren. Es ist ungemein wichtig, daß wir dieselbe Kreativität, großzügige Gesinnung und denselben Weitblick an den Tag legen, wie sie George C. Marshall und seine Zeitgenossen bewiesen haben.

Ein kurzer Blick zurück mag uns einigen Aufschluß darüber geben, wie wir die Herausforderungen von heute angehen könnten. Im Europa der Nachkriegszeit verfolgten Amerikaner und Sowjets völlig unterschiedliche Ziele. Die Amerikaner waren nicht an einem eigenen Weltreich interessiert, rüsteten schnell ab und zogen ihre Streitkräfte nahezu vollständig aus Europa zurück. Amerikanische Politiker hatten die Vorstellung von einem Europa der unabhängigen, demokratischen Nationen, das seine eigenen Angelegenheiten untereinander und mit dem Rest der Welt partnerschaftlich bewältigt. Die Vereinten Nationen sollten dabei die Sicherheit der internationalen Gemeinschaft gewährleisten. Ein freies Handelssystem sollte wieder für Wohlstand sorgen. Genau dieses Denken brachte den Marshall-Plan, das Abkommen von Bretton Woods und später die NATO und die Europäische Gemeinschaft hervor.

Das Ziel der Sowjets bestand darin, ein geschlossenes, stark zentralisiertes Weltreich zu schaffen, das mit so weit wie möglich gezogenen Grenzen die Sicherheit Rußlands garantieren würde. Im Jahre 1945 erklärte Stalin dem jugoslawischen Kommunisten Milovan Djilas, daß "jeder mit seinem System herrscht, soweit seine Armee reichen kann. Anders kann es nicht sein". Mit ihrem Streben nach absoluter Sicherheit für sich selbst zwang die Sowjetunion ihren Nachbarn absolute Unsicherheit auf. Die sowjetischen Absichten in Ost- und Südeuropa waren offensicht-

lich expansionistischer Art. Die Sowjetunion behielt ihr großes stehendes Heer bei und zwang damit die Westeuropäer, die Gründung der NATO und das erneute Engagement der Amerikaner in Europa voranzutreiben.

Der Gegensatz zwischen amerikanischer und sowjetischer Wirtschaftspolitik ist ebenso bemerkenswert. Der Plan von Marshall zielte, seinen eigenen Worten zufolge, auf "die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft ab, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können". Die amerikanische Politik trachtete danach, die europäischen Volkswirtschaften wiederaufzubauen, ein offenes Handelssystem zu schaffen sowie wirtschaftliche Gesundung und allgemeinen Wohlstand zu fördern und nicht etwa danach, der amerikanischen Wirtschaft Vorteile zu verschaffen oder ein amerikanisches Imperium zu errichten.

Ein offenes internationales Handelssystem war mit der sowjetischen Politik unvereinbar. Die Sowjets hatten vielmehr bereits in den ersten Monaten des Jahres 1945 damit begonnen, ihren osteuropäischen Satelliten einschließlich der deutschen Ostzone geschlossene, autark regierte Volkswirtschaften aufzuzwingen. Die Sowjets verweigerten ihre Beteiligung am Marshall-Plan und am Internationalen Währungsfonds und zogen es vor, Osteuropa von der Weltwirtschaft zu isolieren und ihm erhebliche Reparationen abzufordern.

Nichts entspricht weniger der Wahrheit als die weithin verbreitete Ansicht, im Europa der Nachkriegszeit hätten Amerika und die Sowjetunion das gleiche Ziel verfolgt - die Schaffung von Einflüßbereichen. Re-

visionistische Historiker können sicher auf Fehler und verpaßte Gelegenheiten verweisen. Aber die Tatsachen sprechen für sich. Mit den amerikanischen, durch den Marshall-Plan belegten Verbindungen zum Europa der Nachkriegszeit wurde nicht die Absicht verfolgt, ein Imperium oder Einflüßbereiche zu schaffen oder etwa Europa zu teilen, sondern es sollte eine offene, pluralistische und demokratische internationale Ordnung hervorgebracht werden.

Es war die Sowjetunion, die Europa und Deutschland teilte. Es war die sowjetische Politik, die amerikanischen Truppen nach Westeuropa zurückbrachte, damit sie den Erhalt der europäischen Selbstbestimmung unterstützen. Sie werden abziehen, wenn die Europäer ihre Anwesenheit nicht länger wünschen. Russische Truppen werden Osteuropa dagegen nur dann verlassen, wenn die Sowjets entscheiden, daß sie abziehen sollten. Wie durch die Breschnew-Doktrin und wiederholte militärische Interventionen in Osteuropa verdeutlicht wird, besteht seit 40 Jahren das Ziel der Sowjetunion darin, ihr Weltreich mittels der Teilung Europas vollständig zu erhalten. Es ist das beständige Ziel der amerikanischen Politik, diese Teilung Europas, Deutschlands und Berlins zu überwinden.

Die Bedingungen, denen sich die Europäer heute gegenübersehen - konkurrierende Bündnissysteme, die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, der Rüstungswettlauf - ergeben sich aus der erzwungenen Teilung dieses Kontinents und dieses Landes. Diejenigen, die Waffen als einzige Bedrohung des Friedens betrachten und den Rüstungswettlauf auf den Wettstreit der Supermächte in Europa zurückführen, erliegen dem Trugbild einer "Europäisierung Europas", die

diesen Kontinent womöglich aus den Klauen der Supermächte befreien könnte.

Weil Europa geteilt ist, besteht das Problem der Sicherheit. Wie Präsident Reagan Anfang des Monats in Berlin ausführte, liegt die Lösung für dieses Problem in der Überwindung der Teilung dieses Kontinents. Gorbatschows neue Glasnost-Politik könnte Möglichkeiten für einen Aufbruch in die richtige Richtung bedeuten. Es ist kaum anzunehmen, daß er versuchen wird, die Sowjetunion in eine Demokratie nach westlichem Muster umzuformen. Henry Kissinger hat sicherlich recht mit seinen Äußerungen, daß Gorbatschow danach strebt, die sowjetische Gesellschaft stabiler und leistungsfähiger zu machen, damit die Sowjetunion eher mit dem Westen konkurrieren kann. Wir haben offensichtlich noch keinen Wandel in der geopolitischen Strategie der Sowjets wahrgenommen.

Dennoch ist es jetzt an der Zeit, darüber nachzudenken, wie der Westen die sich durch Glasnost eröffnenden Möglichkeiten zur Beendigung der Teilung Europas am besten nutzen kann. Um dies zu erreichen, müssen wir zu einer gemeinsamen Bewertung der anstehenden Probleme gelangen, einer Bewertung, die sich auf das Verständnis der historischen Gegebenheiten gründet. Auf der Grundlage dieser Bewertung und einer zuverlässigen Analyse westlicher Interessen müssen wir eine gemeinsame Strategie entwickeln. Wir sollten zu einer Einigung über unsere Zielsetzungen und Taktiken gelangen und einen Konsens bezüglich ihrer Durchführung erarbeiten. Aber bevor wir all dies in die Wege leiten können, ist die Beilegung unserer Differenzen in Sicherheits- und Wirtschaftspolitik unbedingt erforderlich, weil diese die westliche Zu-

sammenarbeit schwächen und untergraben. In einer Zeit der Hoffnung können wir uns Kirchturmpolitik, Provinzialismus und Protektionismus nicht leisten, wie sie auf beiden Seiten des Atlantiks zunehmend in Mode kommen.

Das trifft besonders angesichts der Diskussion über Mittelstreckenwaffen und Rüstungskontrolle zu. Wir stehen jetzt kurz vor einem historischen Abkommen über diese umstrittene Waffenkategorie, und zu meiner Überraschung und leichten Enttäuschung betrachten manche Beobachter - auf beiden Seiten des Atlantiks - dieses Abkommen bereits als eine Niederlage für das Bündnis und die militärische Strategie des Westens. In Wirklichkeit wäre ein INF-Abkommen für den Westen ein entscheidender Erfolg mit Verstärkungsfunktion für das Prinzip, daß Rüstungskontrolle nur durch die Solidarität des Bündnisses und dessen entschlossene Bestrebungen zur Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts Erfolge zeitigen kann.

Sicher würde ein INF-Abkommen für die Strategie und die militärische Doktrin des Bündnisses wichtige Fragen aufwerfen. Aber unbedachtes Gerede über "Entnuklearisierung" und "Abkopplung" dient nicht unseren gemeinsamen Interessen. Wenn wir uns nicht in acht nehmen, laufen wir Gefahr, uns selbst zu zermürben und die Leistungen des Westens in einen Sieg für die Sowjetunion umzumünzen.

Wir dürfen daher die Grundregel der Rüstungskontrolle im Bereich der Mittelstreckenraketen nicht ignorieren: Solidarität im Bündnis und insbesondere deutsch-amerikanischer Zusammenhalt - und nicht die Vorschläge von Herrn Gorbatschow - haben ein Abkommen möglich gemacht.

Mit einer Rüstungskontrollvereinbarung vor Augen und heraufziehenden neuen Verhandlungen über konventionelle Waffen stehen wir an einem Scheideweg. Es ist von vorrangiger Bedeutung, daß wir uns auf gemeinsame, diesem neuen Zeitalter angemessene sicherheitspolitische Maßnahmen einigen und Abrüstungsverhandlungen jeglicher Art gemeinsam angehen. Die Strategie des Bündnisses umfaßt fünf wesentliche Prinzipien, auf die sich jedwede von uns erarbeitete Politik gründen muß:

Erstens muß amerikanische Stärke weiterhin mit einem Engagement auf dem europäischen Kontinent verbunden sein. Die Strategie des Bündnisses ist grundsätzlich vom Engagement der amerikanischen Streitkräfte abhängig.

Zweitens bleibt nukleare Abschreckung ein wesentlicher Bestandteil unserer Strategie. Dazu gehört die andauernde Präsenz von Nuklearwaffen auf europäischem Boden ebenso wie die Beibehaltung funktionsfähiger Nuklearstreitkräfte der Vereinigten Staaten.

Drittens werden die Vereinigten Staaten wie auch die europäischen Bündnispartner weiterhin an einer Verbesserung ihrer Fähigkeiten im Bereich der konventionellen Streitkräfte arbeiten müssen. In einer Zeit, in der wir zunehmend vom alleinigen Vertrauen auf Nuklearwaffen abrücken, muß unsere konventionelle Verteidigung gestärkt werden.

Viertens muß das Prinzip des gemeinsam getragenen Risikos erhalten bleiben. Im Rahmen unserer Strategie darf es nicht dazu kommen, daß irgendein Bündnispartner oder eine Gruppe von Verbündeten beträchtlich größere Risiken auf sich nimmt als

die anderen tragen müssen. Die Vereinigten Staaten können von ihren europäischen Verbündeten nicht verlangen, einer Situation zuzustimmen, in der ein nuklearer oder konventioneller Krieg allein auf ihrem Territorium ausgetragen würde.

Und fünftens müssen wir die besondere Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Strategie des Bündnisses erkennen. In vieler Hinsicht ist sie das verwundbarste Land der NATO. Durch ihre Lage an der Trennungslinie zwischen Ost und West ist die Bundesrepublik im geographischen Sinne direkt bedroht. Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich besitzt dieses Land keine Nuklearwaffen. Darüberhinaus ist es ein geteiltes Land. Aus allen diesen Gründen ist die Bundesrepublik Deutschland für Druck von sowjetischer Seite besonders anfällig und daher vielleicht in stärkerem Maße von ihren Freunden abhängig als jedes andere Land innerhalb der NATO.

Heute wird die Fähigkeit des Westens, einen Konsens über anwendbare politische Richtlinien in Bereichen von absolut vorrangiger Bedeutung zu erzielen, durch die wachsende Neigung zu amerikanischem Alleingang und europäischer Kirchturmpolitik bedroht. Die Amerikaner akzeptieren die weltweiten Verpflichtungen ihres Landes, sind jedoch häufig um schnelle Lösungen bemüht und vielfach ungeduldig angesichts der mit kooperativen Vorgehensweisen einhergehenden Verzögerungen und komplexen Zusammenhänge. Die Europäer arbeiten im Bereich des Handels und der Kultur untereinander und mit den anderen Nationen der Welt gut zusammen. Sie ziehen es jedoch vor, ihre Bestrebungen zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Probleme auf Europa zu beschränken und andernorts auftretenden

de unangenehme Probleme anderen zu überlassen - für gewöhnlich den Vereinigten Staaten.

Diese Tendenzen nähren sich gegenseitig. Während Europa danach trachtet, sich außenpolitischen Verpflichtungen zu entziehen, versucht Amerika, Maßnahmen ohne angemessene Konsultation und Kooperation zu ergreifen. Anstatt kreative neue politische Richtlinien und Programme hervorzubringen, verkümmerte unser Dialog zu amerikanischen Klagen über "europäische Schwächlinge" und europäischer Verärgerung über amerikanische "Rambomanie". Die Neoneutralisten fordern die "Europäisierung" und Entnuklearisierung Europas, während Amerikas Neoisolationisten endlose Serien außenpolitischer Vorschläge entwickeln, die ebenso weit von den Realitäten einer interdependenten Welt entfernt sind.

Verhaltensweisen wie diese gründen sich auf Unkenntnis der Geschichte und unzutreffende Vorstellungen von der Zukunft. Wie ich versucht habe auszuführen, können wir zu deren Bekämpfung beitragen, indem wir zurückblicken, um herauszufinden, wie unsere Vorgänger auf die damalige, zugegebenermaßen andersartige, Krise in der Geschichte der westlichen Welt reagiert haben. Der Marshall-Plan und die anderen zu jener Zeit entworfenen politischen Richtlinien und Programme erkannten unser gemeinsames Interesse an unserem gemeinsamem Wohlergehen. Ihr Ansatz war internationalistisch im besten Sinne des Wortes und gründete sich auf Partnerschaft statt auf Kirchturmpolitik, um sowohl Europa als auch Amerika stark und wohlhabend zu machen.

Meine Vision der Zukunft - und ich hoffe, auch die Ihre - räumt der Partnerschaft zwischen Europa und

Amerika einen zentralen Platz ein. Die Nachkriegszeit ist vorüber. Größtenteils dank des Marshall-Plans hat sich Europa vollständig von der Verwüstung erholt, die der Zweite Weltkrieg für Menschen und Volkswirtschaften brachte. Die europäische Wirtschaftsmacht ist wieder zu einer führenden Kraft in der Welt geworden. Die europäische Verteidigungsfähigkeit entspricht der einer Supermacht. Europäische Entscheidungen haben starken Einfluß auf die Menschen überall in der Welt, nicht nur die Europäer.

Wenn es also wirklich eine "reife Partnerschaft" zwischen Amerikanern und Europäern geben soll, müssen beide die Lektion neu lernen, daß sie gemeinsam sehr viel mehr erreichen können als allein. Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa muß sich auf einen Konsens gründen - den Konsens darüber, wie Sicherheit aufrechterhalten, die Beendigung der Teilung Europas herbeigeführt, wie ein offenes internationales Handelssystem im Zeitalter neuer Technologien und Konkurrenten beibehalten und ausgebaut und wie in der Dritten Welt und überall auf der Erde zusammengearbeitet werden kann.

Lassen Sie uns ebenso kreative Lösungen zur Bewältigung unserer Probleme suchen, wie sie unsere Vorfahren in der Nachkriegszeit fanden. Lassen Sie uns diese Lösungen gemeinsam suchen. Wenn uns dies gelingt, werden sich vielleicht in 40 Jahren unsere Nachfahren, die Vertreter eines wahrhaft geeinten Westens, hier versammeln, in einem wiedervereinigten Berlin, im Herzen eines ungeteilten Europa, um dessen feierlich zu gedenken, was wir erreicht haben.

+ + + + +